



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/248 - 2.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Der Kanzler und das Sicherheitsbedürfnis Moskaus	S. 1
Nasser und die Moslem-Liga	S. 3
Vergesslicher "Amerika-Dienst"	S. 4

Von der Reise zurück

P.R. Die zweite Amerika-Reise des Bundeskanzler diente nicht dem Zweck, eine bestimmte politische Atmosphäre zu erzeugen, oder Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, neue Tatsachen zu schaffen. In diesem Sinne sind auch die Unterschriften unter einen Freundschafts- und einen Handelsvertrag nur Ausdruck und Bestätigung des schon lange bestehenden Zustandes enger Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik. (Diese, man möchte fast sagen, politische Intimität, geht freilich nicht soweit, dass die Amerikaner bereit wären, irgend eine konkrete Zusage in der Frage der beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte in Höhe von über 2 Mrd. DM zu machen, Besprechungen darüber sollen erst im nächsten Jahr in Angriff genommen werden...)

Von dem ursprünglich vorgesehenen privaten Charakter der Reise ist nicht viel übrig geblieben: der Bundeskanzler hat intensive politische Besprechungen mit den maßgebenden Männern in Washington geführt und sich auch in der Öffentlichkeit ausführlich geäußert. Wie stellt sich das Ergebnis dar?

Nicht von dem Kanzler und seinen Freunden, wohl aber von der deutschen Opposition ist unzählige Male gesagt worden, dass die Lage Deutschlands - und das ist ganz Deutschland - sich von der jeines anderen westeuropäischen Staates grundlegend unterscheidet, und zwar durch die Tatsache der Spaltung. Sie zwingt zu Rücksichten, die kein Land zu nehmen braucht. Deshalb lehnt die Opposition auch eine Politik ab, die, zumindest in ihrer praktischen Wirklichkeit den Eindruck erwecken muß, als sei die Bundesrepublik ganz Deutschland und als befände sich dieses Zwei-Drittel-Deutschland in einer Position

SPD-Pressedienst

P/IX/248

- 2 -

2.11.1954

gleich der Frankreichs, Italiens oder irgendeines anderen europäischen Staates im westlichen Bereich.

Dem wird entgegengehalten: Habe man nicht auch diesmal wieder, und zwar mit aller Deutlichkeit, die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands und die Bereitschaft der Westmächte, ihr ein gut Teil aller Anstrengungen zu widmen, unterstrichen? In dem Kommuniqué über die Unterredungen des Bundeskanzlers in Washington heißt es dazu:

"Die Forderung nach einem in Freiheit wiedervereinigten Deutschland wird von uns als die berechtigte Forderung des deutschen Volkes angesehen. Wir sind uns einig, dass dieses Ziel nur mit friedlichen Mitteln erreicht werden soll. Wir sind von der Notwendigkeit fortwährender Bemühungen in Richtung auf dieses Ziel überzeugt und sind uns darin einig, dass derartige Bemühungen von den Vereinigten Staaten und der Deutschen Bundesrepublik gemeinsam mit den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs übernommen werden."

Das ist, wie man wird zugeben müssen, eine platonische Willensbekundung in klassischer Reinheit. Sie enthält nicht die Andeutung einer Realisierungsmöglichkeit, nicht den geringsten Hinweis auf irgendeine gegebene Voraussetzung für den Erfolg jener Bemühungen um die deutsche Wiedervereinigung. Sie hängt in der Luft, ja mehr: sie ist mit wesentlichen politischen Tatsachen unvereinbar. Tatsachen, die nicht einem Ansehen mit der Sowjetunion förderlich sind ("...sind uns einig, dass dieses Ziel nur mit friedlichen Mitteln erreicht werden soll"), sondern ihn nahezu ausschließen (z.B. Eintritt der Bundesrepublik in die NATO, die von der Sowjets nun einmal als ein gegen sie gerichtetes und durch das westdeutsche Wertpotential noch zu verstärkendes Bündelsystem empfunden wird).

Selbst Adenauer hat wohl in Washington gespürt, wie weit er sich mit der Zustimmung zu so nichtbegründeten Deklamationen vom Denken unzähliger Deutsche entfernt; deren Kreis weit über die Anhängerschaft der Opposition hinausreicht. So hat er in einer Pressekonferenz gesagt, man müsse davon ausgehen, dass die Sowjetunion ihr Pfand nicht herausgebe, ohne etwas dafür einzuhandeln und hinzugefügt, wenn man überhaupt von einem Preis sprechen wolle, der Moskau für die Wiedervereinigung gezahlt werden könne, dann wäre es der, dass man der Sowjetunion die Furcht vor einem Angriff nehme. Das ist die Wiederauf-

seines früheren Wortes, dass man auch der Sowjetunion ein berechtigtes Sicherheitsbedürfnis einräumen müsse.

Er hat darüber hinaus - ob nun an gewisse britische, französische oder auch deutsche Adressen gerichtet - "die Bildung einer gemeinsamen regionalen Gruppe der Westmächte, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen ist" vorgeschlagen, einer Gruppe, "die mit dem Sowjetblock Beziehungen mit dem Ziel der Sicherung gegen jede Aggression aufnimmt". Es erhebt sich die Frage, in welcher Gestalt Deutschland in dieser "Gruppe" vertreten sein soll? Dem Zusammenhang nach, in den Dr. Adenauer seinen Vorschlag stellte, kann es nur die Bundesrepublik sein. Das aber ist der entscheidende Unterschied zu der sozialdemokratischen Auffassung von einem System der kollektiven Sicherheit unter Ein-schluss der Sowjetunion, das sich die SPD nur auf der Grundlage des wiedervereinigten, nicht aber des gespaltenen Deutschlands vorstellen kann.

Die amerikanische Reaktion auf den Vorstoß Adenauers war höflich ablehnend. Amerikanische Regierungsbeamte sollen erklärt haben, weder Präsident Eisenhower noch Außenminister Dulles seien gewillt, auch nur indirekt die sowjetische Herrschaft über weite Teile der Welt anzuerkennen, was praktisch die Absage an das Prinzip der Koexistenz wäre, zu der sich die Verantwortlichen in Washington bisher freilich auch noch nicht bekannt hatten. Auch schließt diese Einstellung - im Widerspruch zu den Versicherungen des erwähnten Kommuniqués und vieler früherer Beteuerungen - ein, dass man an eine Wiedervereinigung Deutschlands mit friedlichen Mitteln für lange Zeit im Grunde nicht glaubt.

Von der Reise zurück, wird es Dr. Adenauer schwer haben, den Eindruck zu verwischen, dass die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen seiner Regierung und des State Department auf Kosten einer nachdrücklichen, großzügigen und praktischen Politik der deutschen Wiedervereinigung geht. Auch viele amerikanische Urteile bestätigen das, so wenn kürzlich der führende Publizist in den Staaten, Walter Lippmann, in "New York Herald Tribune" schrieb, "die Londoner Schlußakten hätten die diplomatische Struktur für die verlängerte Koexistenz der beiden Deutschland und der beiden Europa errichtet."

Der "Machtkampf" in Ägypten

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Keinem Beobachter in Kairo war verborgen geblieben, dass die amerikanische Vertretung seit einigen Wochen auf ein Verbot der fremdenfeindlichen Moslem-Liga drängte. Nach dem Abschluß des Sueskanalabkommens waren die amerikanischen Verbots-Empfehlungen immer konkreter geworden. Gleichzeitig vergrößerte sich der Konflikt Nassers mit der Liga immer mehr, weil die Liga das Suesabkommen immer radikaler bekämpfte. Nasser selbst hätte es auf eine Machtprobe mit der Liga ankommen lassen. Die Amerikaner aber haben die von Nasser für den Ausbau seines Landes und seiner Truppen benötigten Kredite und Waffenlieferungen von der vorher herzustellenden Stabilität der Verhältnisse im Lande abhängig gemacht. Unter solchen Umständen, so versichern gut unterrichtete Kreise, sei Nasser bereit gewesen, den Verbotswünschen der Amerikaner nachzugeben.

Hiervon erfuhr die Moslem-Liga durch einen offensichtlichen Geheimnisverrat rechtzeitig. Anfang der vorigen Woche gab es für sie nur zwei Möglichkeiten, das drohende Verbot zu umgehen: entweder mußte sie Nasser beseitigen. Dafür traten die Radikalen unter ihrem Anführer Nadeibi ein. Sie stifteten das Attentat an. Oder die Liga mußte versuchen, sich mit Nasser zu versöhnen. Schon war der Vorsitz an einen gemäßigten Politiker übergegangen.

Das mißglückte Attentat mit der nachfolgenden Verhaftungswelle und den Freuekundgebungen für Nasser hat jetzt ein Verbot der Liga unnötig gemacht. Nasser hat nicht zuletzt den Amerikanern bewiesen, wer Herr am Nil ist. Er braucht seine fanatisch religiösen Gegner nun nicht mehr zu fürchten. Es wäre auch unklug, die Liga in den Untergrund zu schicken. Ihre Anhängerschaft im Lande ist immer noch sehr groß, weil sie beansprucht, dass alle gläubigen Mohammedaner zu ihr gehören. Die Führer der Liga versuchen, eine Anlehnung Ägyptens an den Westen, wie sie sich beim Suesabkommen anbahnte, mit allen Mitteln zu verhindern. Ihren Anhängern predigen sie einen religiös geprägten panarabischen Nationalismus, der bei vielen Ägyptern großen Anklang findet.

Was die amerikanischen Bedenken jedoch besonders vergrößert hatte, war der Umstand, dass sich dieser Propaganda auch die Kommunisten angeschlossen, die zwar eine kleine Minderheit in Ägypten sind, deren Einfluß auf diese Weise aber zu wachsen schien. Kommunisten, die Moslem-Liga und ebenso die verbotene Wa'fd-(Bauern) Partei bildeten gemeinsam eine in ihrer Größe anübersichtliche nationale Opposition gegen das bestehende Militärregime. Nassers Ansehen gegenüber dem Ausland, das allein in der Stabilität seiner Regierung begründet sein kann, schwand von Woche zu Woche je radikaler sich die Opposition gebärdete.

Jetzt sind die radikalen Anführer der Liga verhaftet, die Gemäßigter übernehmen das Ruder und die Radikalen haben erst wieder Chancen, dass sich ihnen die Gefängnistore öffnen, wenn die Gemäßigten fest im Sattel sitzen. Nasser ist offensichtlich entschlossen, die Macht der Liga zwar zu brechen, aber sie nicht gänzlich zu zerstören, weil eine Liga, deren Führer ihm ergeben sind, für ihn ungefährlicher ist als ein Verbot, das den nationalistischen Glaubenseifer der beteiligten Mohammedaner eher anstachelt.

Durch das Attentat haben sich die innenpolitischen Verhältnisse in Ägypten also vorerst stabilisiert. Es wird sehr lange dauern, bis sich die Gegner Nassers von diesem Schlag erholen und bis dahin könnte Nasser in Hinblick auf den Anschluss seines Landes an den Westen bereits so viel vollendete Tatsachen geschaffen haben, dass keiner seiner Nachfolger mehr von diesem jetzt beschrittenen Wege mehr zurückweichen kann. Die Beobachter in Kairo sind darum auch der Meinung, dass Nasser im Grunde über den Ausgang des Attentats und sogar über den Verrat seiner geheimen Verbotspläne an die Liga, der diese Entwicklung erst eingeleitet hat, sehr befriedigt sei.

+ + +

Ein Satz fehlte

sp- Zur Begrüßung Dr. Adenauers hat die "New York Times" am 27. Oktober 1954 einen Artikel veröffentlicht, der unter der Überschrift "Willkommen, Dr. Adenauer!" stand. Der Artikel wurde in Auszug vom "Amerika-Dienst" verbreitet, einer Einrichtung der Hohen Kommission der USA in Deutschland, die dazu dient, den deutschen Zeitungen Artikelmaterial aus der amerikanischen Presse zur Verfügung zu stellen.

Es ist eine der Propagandaorganisationen der USA, durch die die Politik der Vereinigten Staaten populär gemacht werden soll. Bei der Wiedergabe des Artikels aus der "New York Times" passierte es dem "Amerika-Dienst" nun aber, dass er bei der Kürzung zwar manchen für Adenauer freundlichen Satz stehen ließ, einen aber vorsorglich strich. Dieser hatte folgenden Wortlaut:

"He has freely given priority to european integration over the unification of his own country, convinced, that his countrys best interests will be served thereby. In this respect he is in full accord with the views of the United States, which will honour him as a new ally in the fight for peace and freedom".

Die amerikanischer Nachrichtenagenturen in Deutschland haben diesen Satz nicht ausgelassen und ihn ihren Beziehern zur Verfügung gestellt. Er hiess bei "United Press":

"Zu diesem Zweck hat er der europäischen Integration bereitwillig den Vorrang vor der Wiedervereinigung seines eigenen Landes gegeben, und zwar in der Überzeugung, dass den Interessen seines Landes damit am besten gedient werde. In dieser Beziehung stehen seine Auffassungen in vollem Einklang mit denen der Vereinigten Staaten, die ihn als neuen Alliierten im Kampf für Frieden und Freiheit ehren werden".

Die "Associated Press" brachte den Satz in Anführungszeichen in folgender Fassung:

"Er hat freiwillig der europäischen Integration den Vorrang gegenüber der Vereinigung seines Vaterlandes in der Überzeugung gegeben, dass damit den Interessen seines Landes am besten gedient ist. In dieser Ansicht stimmt er ganz mit den Vereinigten Staaten überein, die ihn als einen neuen Alliierten im Kampf für Frieden und Freiheit ehren werden."

Die deutschen Zeitungen, die sich auf das Material der Deutschen Presse-Agentur stützen, konnten den Satz jedoch nicht wiedergeben, weil die dpa ihn nicht verbreiten konnte, die sich, wie wir erfahren, darauf verlassen hatte, dass der "Amerika-Dienst" zuverlässig und vollständig berichten werde. Der Redaktion des "Amerika-Dienstes" aber erschien es wohl angebracht, einen für den Bundeskanzler so gefährlichen Satz in der Bundesrepublik lieber nicht mitzuteilen. Er könnte dem Kanzler schaden, den man als "neuen Alliierten" begrüßt.